

Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten besonderer Kategorien im Rahmen der Sozialrechtsberatung durch die Sozialrechtsschutz gGmbH des Sozialverbands VdK Berlin-Brandenburg e.V.

Um Sie in sozialrechtlichen Fragen beraten und in Antrags-, Widerspruchs- sowie Verfahren vor den Sozial-/Verwaltungsgerichten vertreten zu können, kann es notwendig sein, dass der Sozialrechtsschutz gGmbH Gesundheitsdaten oder genetische Daten (z.B. Gutachten, ärztliche Berichte, Untersuchungsergebnisse, Entlassungsberichte, Atteste, etc.) von Ihnen verarbeitet. Dabei handelt es sich um sogenannte besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DSGVO).

Die genannten Kategorien personenbezogener Daten werden von der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) besonders geschützt. Damit die Sozialrechtsschutz gGmbH personenbezogene Daten der besonderen Kategorien von Ihnen verarbeiten darf, ist Ihre Einwilligung erforderlich.

Die Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten besonderer Kategorien ist freiwillig und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ein Widerruf kann in allen Geschäftsstellen der Sozialrechtsschutz gGmbH per Brief oder E-Mail eingereicht werden. Sollte diese Einwilligungserklärung widerrufen werden, wäre jedoch eine weitere rechtliche Beratung oder eine Vertretung in Antrags-, Widerspruchs-, Klage- oder Berufungsverfahren durch die Sozialrechtsschutz gGmbH nicht mehr möglich.

Näheres finden Sie im beiliegenden Formular *Informationspflicht gemäß Art. 13 DSGVO*.

Hiermit willige ich ein, dass die Sozialrechtsschutz gGmbH meine durch die Datenschutzgrundverordnung besonders geschützten personenbezogenen Daten zu den oben beschriebenen Zwecken verarbeiten darf.

Nachname, Vorname

Geburtsdatum

Adresse

Mitgliedsnummer

Ort, Datum

Unterschrift

Informationspflicht gemäß Art. 13 DSGVO zur Erhebung personenbezogener Daten von Mitgliedern im Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V., welche durch die Sozialrechtsschutz gGmbH beraten und vertreten werden

Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Sozialrechtsschutz gGmbH und über Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

Verantwortliche Stelle	Sozialrechtsschutz gGmbH des Sozialverbandes VdK Berlin-Brandenburg e.V. Linienstraße 131 10115 Berlin Telefon +49 (30) 86 49 10 11 E-Mail sr.berlin.brandenburg@vdk.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Hans Peter Becher Alte Potsdamer Landstraße 53 14532 Stahnsdorf Telefon 0171 56 72 375 oder 03329 6092510 E-Mail Becher@Datenbeauftragter-Info.de mailto:info@mkm-datenschutz.de
Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung	Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen Ihrer (Sozial-)Rechtsberatung und -vertretung durch die Sozialrechtsschutz gGmbH. Ihre persönlichen Daten verwenden wir nur, soweit diese für die Durchführung Ihrer Beratung und Vertretung erforderlich sind (Art. 6 Absatz 1, Satz 1 Buchstabe b DSGVO). Eine weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur, sofern uns Ihre Einwilligung dazu vorliegt (Art. 6 Absatz 1, Satz 1, Buchstabe a DSGVO). Im Rahmen der (Sozial-)Rechtsberatung und -vertretung durch die Sozialrechtsschutz gGmbH kann nicht ausgeschlossen werden, dass wir weitere personenbezogene Daten sowie insbesondere Daten besonderer Kategorien (Art. 9 DSGVO z.B. Gesundheitsdaten) für die (Sozial-)Rechtsberatung oder zur Durchführung eines behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens von Ihnen erheben und verarbeiten müssen. Die Einwilligung in die Erhebung dieser besonderen Arten von personenbezogenen Daten ist stets freiwillig (Art. 6 Absatz 1, Satz 1, Buchstabe a DSGVO).
Empfänger der personenbezogenen Daten	Innerhalb der Sozialrechtsschutz gGmbH erhalten diejenigen Stellen Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten. Dies sind hauptsächlich Unternehmen im Bereich IT-Dienstleistungen und Rechtsberatung. Eine Datenweitergabe außerhalb der Sozialrechtsschutz gGmbH erfolgt ausschließlich, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Auskunft gesetzlich verpflichtet sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein: IT-Dienstleister Druckdienstleister Entsorgungsdienstleister
Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Soweit Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für die genannten Zwecke erforderlich sind, werden diese nach Ablauf einer Aufbewahrungspflicht gelöscht. Bitte beachten Sie, dass bei jeder Löschung die Daten zunächst nur gesperrt und erst mit zeitlicher Verzögerung endgültig gelöscht werden, um versehentlichen Löschungen oder eventuellen vorsätzlichen Schädigungen vorzubeugen. Aus technischen Gründen werden Daten ggf. in Datensicherungsdateien und Spiegelungen von Diensten dupliziert. Solche Kopien werden ebenfalls ggf. erst mit einer technisch bedingten zeitlichen Verzögerung gelöscht. Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, werden die Daten mit Ablauf dieser Zeiträume gelöscht. Die Regelfrist zur Löschung beträgt 6 Jahre nach Austritt aus dem Verband, soweit sich im Einzelfall nichts anderes ergibt. Bei steuerlich relevanten Daten beträgt die Aufbewahrungsfrist 10 Jahre.
Werden Daten in ein Drittland übermittelt?	Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) findet nicht statt.
Automatisierte Entscheidungsfindung	Es werden keine Verfahren eingesetzt, bei denen es zu einer automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling (Profilbildung) kommt.
Ihre Rechte	Sie haben das Recht, hinsichtlich Ihrer personenbezogenen Daten von uns Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder Einschränkung (Art. 18 DSGVO) nach den gesetzlichen Regelungen zu verlangen. Wir stellen Ihnen Ihre Daten außerdem in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format auf Anfrage zur Verfügung, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind (Art. 20 DSGVO). Davon unabhängig können Sie stets die zuständigen Aufsichtsbehörden zum Zweck der Nachfrage oder Beschwerde kontaktieren (Art. 15 Abs. 1, Buchstabe f DSGVO).